

Harald Klimenta Andreas Fisahn u.a. Die **Freihandelsfalle**

Transatlantische Industriepolitik
ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP

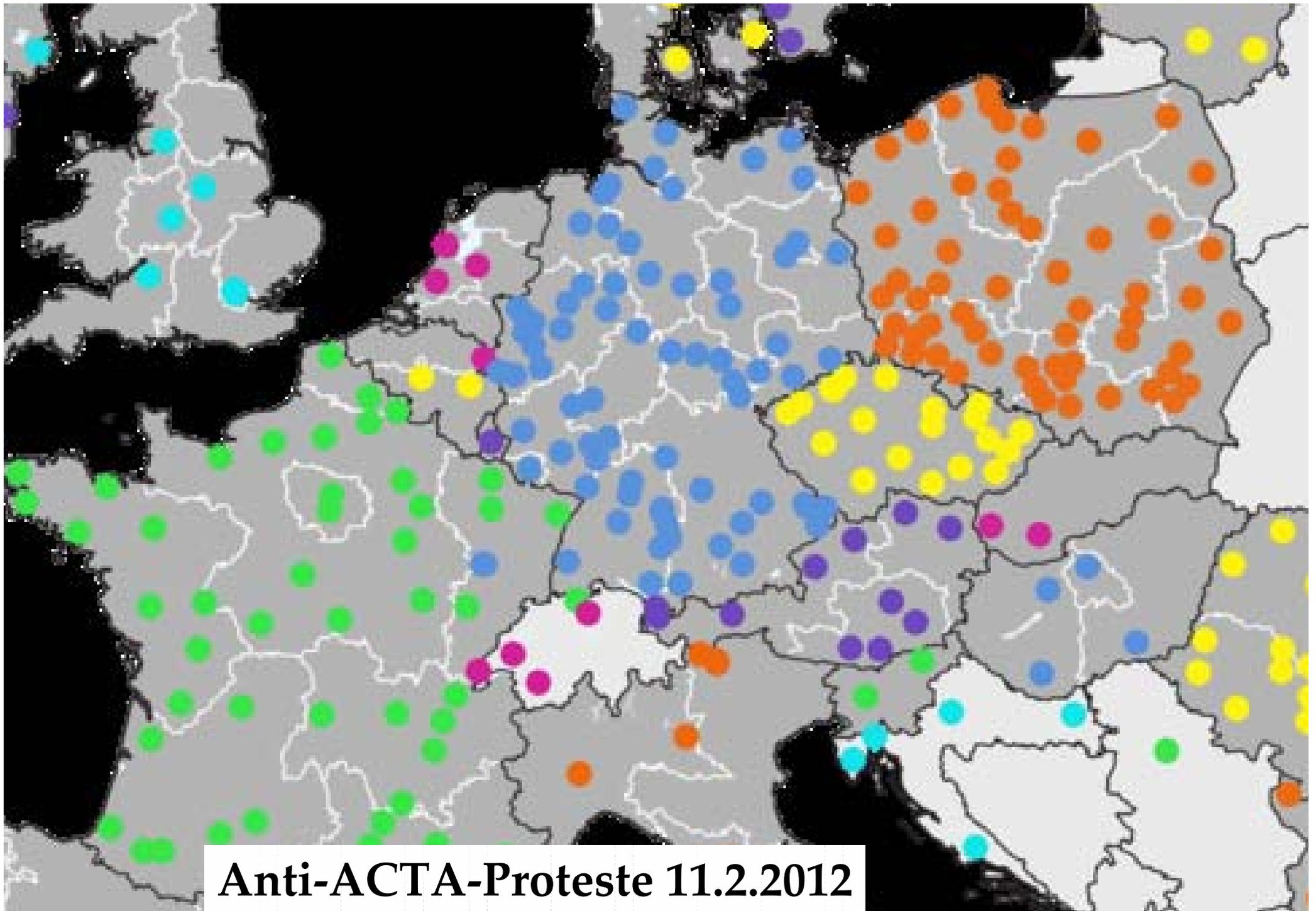
An diesem AttacBasistext haben mitgewirkt:

Pia Eberhard (Corporate Europe Observatory), *Andreas Fisahn* (Wissenschaftlicher Beirat von Attac), *Peter Fuchs* (powershift), *Fritz Glunk* (Gazette), *Hartmut Goebel* (Attac), *David Hachfeld* (Oxfam), *Marianne Henkel* (BUND), *Markus Henn* (Weed), *Sven Hilbig* (Brot für die Welt), *Harald Klimenta* (TTIP-Kampagne von Attac), *Johannes Lauterbach* (Allianz für ein Alternatives Handelsmandat), *Christoph Scherrer* (Wissenschaftlicher Beirat von Attac), *Ilana Solomon* (Sierra Club), *Guido Speckmann* (Politikwissenschaftler), *Rena Tangens* (Digitalcourage), *Berit Thomsen* (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft), *Lori Wallach* (Public Citizen, Washington) und *Uwe Wötzel* (ver.di).

Karlsruhe, 17.2.2014
Harald Klimenta

www.harald-klimenta.de





Anti-ACTA-Proteste 11.2.2012

Inhalt

- Fakten,
- Geschichte, Warum jetzt?
- Das Wachstumsversprechen
- Kerne v. Freihandelsabkommen
- Inhalte bzw. was nicht zur Debatte steht
- Bedeutung f. Kommune
- Investoren- u. Unternehmensschutz
- ATM

Neue Unübersichtlichkeit

- Marktöffnung → GATT
- Freihandelsideologie, Dienstleistungszeitalter → GATS → WTO
- ADI, Internet → Investitionsschutz, weltweite Netze, E-Commerce
→ Fehlt in WTO
- GATS/WTO-Blockade → Bi- u. Plurilateralismus jenseits der Öffentlichkeit
→ Erweitert: **Eigentumsrechte (geistige / Investitionen), Netze**
→ **ACTA**
- **Vertragswildwuchs:**
→ Ca. 3000 BITs (EU: 1400), x Freihandelsabkommen, y Partnerschaftsabkommen (EPAs, CETA, ...)
→ Plurilateralismus (ALBA, TPP, TISA, ...)
- WTO-Rettungsversuch (Mali)
- **TTIP dringt bis in Öffentlichkeit vor...**

TTIP: Warum jetzt?

- **Voraussetzung:**
 - Längst vorhandener Prozess in Richtung Freihandelszone
 - Fest verankert in Weltanschauung
 - „Freihandelsversprechen“
 - Breite Mehrheit im EP / Bundestag
- **Aktuelle Entwicklung:**
 - Angst vor Bedeutungsverlust,
 - Verbilligung durch Skalenerträge → Konkurrenzfähigkeit
 - Wirtschaftskrise durch Wachstum überwinden
 - Sinnsuche von Spitzenpolitikern in Großprojekten

Geschichte der transatlantischen Freihandelszone

- Vor 18 Jahren: Vorschlag Außenminister Kinkel
- EU-Kommissar Brittan: „Transatl. Marketplace Agreement“
- 2007: Mandelson;
- 2007 Bush, Merkel, Barroso: Gründung „Transatlantic Economic Council (TEC) soll Standards harmonisieren
- 2011: Aus TEC heraus Gründung „Hochrangige AG Wachstum u. Beschäftigung“ → Abschlussbericht 2013
- 2013: Erklärung Obama/Barroso pro ttip
- Juni 2013 in Dublin: Ministerrat stimmt zu (Handelsminister)

Das Wachstumsversprechen

- CEPR: EU: +119 Mrd. € → 545 €/4-Pers.-HH/a
 - Über 14 Jahre: +1,5 Promille/a

Durchschnittliche Liberalisierung:

- Ifo-Studie: USA + 68.800 AP; D: 25.000 AP
 - Autor: Felbermayer u. a.
- Bertelsmann- Studie: USA + 1,08 Mio. AP; D: 180.000 AP
 - Autor: Felbermayer u. a.
- Trotzdem nochmal Ifo-Studie:
 - 25.000 AP in D
 - Bei 42 Mio. Erwerbstätigen auf 10 Jahre:
 - **Zuwachs d. Beschäftigung v. 0,06 Promille**

NAFTA: „Diskursexzesse“ → „Ernüchterung“ Beispiel: Mexiko

- AL gestiegen, mehr schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs
- Wachstumsraten gesunken, Ungleichheit gestiegen
- Reallöhne 2013 < 1994
- Grundnahrungsmittelpreise steigen stärker als Einkommen aus Landwirtschaft → Hauptverlierer: Bauern
 - Migration (Armutsfüchtlinge) in USA nicht gestoppt
- Keine Diversifizierung d. Wirtschaft
- Extreme Abhängigkeit v. USA
- Carlos Rojas, Präsident der mexikanischen Außenhandelskammer: "Ein Mexiko mit 50 Millionen Armen ist kein zukunftsfähiges Projekt."

http://chiapas.ch/?artikel_ID=326&start=475&j=10;

<http://www.citizen.org/documents/NAFTA-at-20.pdf>

Prinzipien / Wirkungen von Freihandelsabkommen

- Standstill: „Einmal aufgehobene Beschränkungen können nicht wieder eingeführt werden“
 - Sperrkliffeneffekt (Ratched): Jede weitere Vertiefung wird automatisch auf Dauer gestellt
 - Marktöffnungsverpflichtungen: Regelmäßige Untersuchung von Ausnahmetatbeständen
- „Lock-In“: Jeder weitere Vertrag erschwert Abkehr von Status Quo
- Alles schleichende Prozesse (*1980?) → Keine „sofortige Wirkung“ → Gewöhnung an neuen Referenzrahmen

Verkettung von Verträgen

- Vorhergehende Verträge werden Basis für neue Verträge
→ Niveau „erhöhen“
- Parallele Verträge sind Basis von Vergleichen
→ „Maximal je erreichter Standard“ ...

Grundlegende Prinzipien von Freihandelsabkommen

- Abbau tarifärer u. nichttarifärer Handelsbarrieren
→ Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit
- Inländerbehandlung: Ausländische u. inländische Anbieter müssen gleich behandelt werden
- Subventionsverbote
- Meistbegünstigung: Einem Marktteilnehmer gewährte Vergünstigungen müssen allen gewährt werden

TTIP: Kerne der Verhandlungen

Billigerer Handel u. mehr Effizienz durch wirtschaftliche Harmonisierung:

- Restzölle (5-7%) → 0 (Agrar: Auch hohe Schutzzölle!)
- Öffnen von Dienstleistungen (auf maximale irgendwo erreichte Öffnung)
- Verbesserter Eigentums- (Investitions-), Patent-, Markenschutz
- Abbau „*nichttarifärer Handelshemmnisse*“:
 - Standards / Normen / Vorschriften / Zulassungsverfahren;
 - „Lebendes Abkommen“: „Regulierungskooperation“
- **Rhetorik:** Blinkerfarbe, Crashtest vereinheitlichen, „Das gegenwärtige Schutzniveau steht nicht zur Debatte“

„Freiheit für Chlorhähnchen und Hormonschweine“



- Wird nicht kommen, wird als Verhandlungserfolg gefeiert,
→ Subtiler... (Hygienestandards? ...)

Überschrift: Zwischenüberschrift in Lori Wallachs LMD-Text

Lobbyismus

- EU: Geheimverhandlungen (trotz NSA?)
 - 130 Treffen mit Interessensgruppen → 119 mit Konzernvertretern
 - Eines von 52 Stakeholder-Papieren nicht aus Industrie(verbänden)
- US-Handelsvertretung USTR (*U.S. trade representative*):
 - 700 „Bürgerberater“, SZ: 90 % in Landwirtschaftskomitee = Industrievertreter
 - US-Landwirtschaft – Chefunterhändler vorher bei „CropLife“
 - Einsicht in Verhandlungsdokumente: Industrievertreter
 - Auch Politiker: Keine Ahnung (Beschwerden aus US-Kongress!)

**„Das erreichte
Schutzniveau steht nicht
zur Debatte“**

...nicht zur Debatte...

- Vorsorgeprinzip vs. „Sound Science“
 - REACH
 - Fracking
 - Gentechnik, Hygienestandards, Kennzeichnungspflichten
 - Vorsorgender Schutz der Erdatmosphäre
- Finanzmarktdienstleistungen
- Arbeitnehmer-Standards nicht einklagbar
- Ökologie etc...: „kann“-Bestimmungen in CETA
- Audiovisuelle Dienstleistungen ausgeklammert???
- Wenn nichts zur Debatte steht → Keine Verhandlungen

Audiovisuellen Dienstleistungen

- „Die audiovisuellen Dienstleistungen **werden nicht ausgeklammert**. Die Europäische Kommission hat die Interessenträger vor kurzem eingeladen, zur Zukunft der digitalen Medien Stellung zu nehmen ([IP/13/358](#)). Da die Rechtsvorschriften der EU in diesem Bereich noch nicht vollständig ausgearbeitet sind, wurde vereinbart, dass die audiovisuellen Dienstleistungen im Mandat zwar vorläufig ausgespart werden, die Kommission dem Rat aber zu einem späteren Zeitpunkt ergänzende Verhandlungsrichtlinien vorlegen kann.“
- Im Mandat heißt es, die Kommission werde dem Ausschuss für Handelspolitik im Geiste der Transparenz regelmäßig über den Verlauf der Verhandlungen berichten. Gemäß den Verträgen könne die Kommission dem Rat gegebenenfalls zu jeder Frage zusätzliche Verhandlungsrichtlinien empfehlen, und zwar mit den gleichen Annahmeverfahren, einschließlich Abstimmungsregeln, wie bei diesem Mandat.

(Memo der EK, 14.6.2013)

Bedeutung f. ArbeitnehmerInnen

- **Informations- u. Anhörungsrechte: „Vertuschungsversuch“ f. Fehlen v. Sozialstandards u. Durchsetzungsinstrumenten**
 - Schaffung von Arbeitsplätzen → „Sklaverei ist schließlich ein Vollbeschäftigungssystem“ (R. Reich)
 - Erfahrung aus anderen Freihandelszonen: Ausrichtung auf Minimierung d. Handelskosten ohne grenzüberschreitend durchsetzbare AN-Rechte
→ Bei zunehmender räumlichen Entgrenzung d. Arbeitsmarktes
- Freihandel: Minimieren d. Reibungsverluste
→ Maximieren des Standortwettbewerbs

Standortwettbewerb mit den USA?!

USA: Folgende ILO-Arbeitsnormen nicht ratifiziert:

- Recht der Beschäftigten, sich frei zu organisieren, etwa in Gewerkschaften (Koalitionsfreiheit, Übereinkommen 87);
- Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge (Übereinkommen 98);
- Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit (wg. Gefängnis-Industriellem Komplex, Übereinkommen 29);
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau (Übereinkommen 100);
- Mindestalter f. Eintritt in Arbeitsverhältnis (Übereinkommen 138);
- Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt wegen Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler und sozialer Herkunft (Übereinkommen 111).

→ Starke Antidiskriminierungsgesetze, Bundesgesetz f. Koalitionsfreiheit und kollektive Tarifverhandlungen, aber:

→ Gelten nur f. US-Konzerne innerhalb d. USA

(nach W. Rügemer, arbeitsunrecht.de/ttip-stoppen)

USA – Ein Trauerspiel

- “Right to work” in 24 Staaten (Recht auf Arbeit unbehelligt v. Gewerkschaftsgedöns) → Streikbrecher legal
- 6 % gewerkschaftlich organisiert, professionelle „Union Busters“
- Studien: Produkte aus gewerkschaftsfreien Unternehmen ca. 10 % günstiger
- Auch D-Konzerne verlagern innerhalb d. USA dorthin, z.B.: BASF, BMW, Evonik, Fresenius Medical Care, Mercedes-Benz, Stihl, Thyssen-Krupp, Wacker
 - Verschärfte Verlagerungsbewegung durch TTIP?!
- EU: Unterhöhlung der ILO-Normen, etwa in Südeuropa (Tarifverträge f. ungültig erklärt, Streiks verboten)

→ Weiteres Vorgehen koordinieren?!

TTIP und Kommunalpolitik

- EU erkennt besondere Bedeutung der öffentl. DL an
- In Freihandelsverträgen:
 - Höchstens Ausnahmetatbestände → Defensiv!
- Problembereiche durch: Inländerbehandlung, Marktzugang, Regulierung von Monopolen, Subventionen, öffentl. Auftragsvergabe
- Negativlisten: Öffentl. DL *überall* ausgenommen? (Binnenmarktregulierungen, gemeinsame Standards...)
- „Lebendes Abkommen“: Regelmäßige Überprüfung v. Ausnahmetatbeständen, Verpflichtung zu „Regulierungskonvergenz“, ...
- Liberalisierung v. Bereichen i. A. nicht umkehrbar (ratched)
 - Rekommunalisierungen?

TTIP und Kommunalpolitik

Berührte Bereiche:

- *Öffentliches Vergabewesen*
- Energiepolitik
- Umweltschutz
- Öffentliche Bildung
- Gesundheit, soziale Dienstleistungen
- Wasserver-, Abwasser- und Müllentsorgung
- Verkehr, ÖPNV
- Kulturförderung

→ **Vieles lebenswichtig**

Konkrete Folgen??

Vgl. vergangene 40 Jahre!!

→ Extrapolieren auf kommende 40 Jahre

→ **Marktintegration aller öffentl. Dienste**

Öffentliche Dienste: „Spiralbewegung“

Niveau gegenwärtiger Verträge bezüglich öffentlicher Dienste:

- „Notwendigkeitsprüfung“ von „öffentl.“ Diensten
- Ausschreibungspflicht statt Rechenschaftspflicht
- Salamiaktik
 - Positiv → Negativlisten
 - Neue DL a priori liberalisiert...
 - „Private Gesundheitsdienste“ in CETA, ...
- Zermürbungstaktik: Liberalisierung d. Wasserwirtschaft
- Blinde Flecken u. „kann, soll“-Bestimmungen i. G. zu Einklagbarem → z.B. bei Sozialem, AN-Schutz, Ökologie, ...
- Nicht einmal „Minimalforderung“ eingebaut: Einfachere Veränderung internationaler Verträge im Hinblick auf öffentl. DL

Investitionsschutz

Investitionsschutz u. Schiedsverfahren

Regierung erlässt Gesetz, das Investitionen oder Gewinnerwartungen einschränkt (z.B. im Sozial- oder Umweltbereich)

→ Unternehmen fühlt sich „betrogen“ und klagt

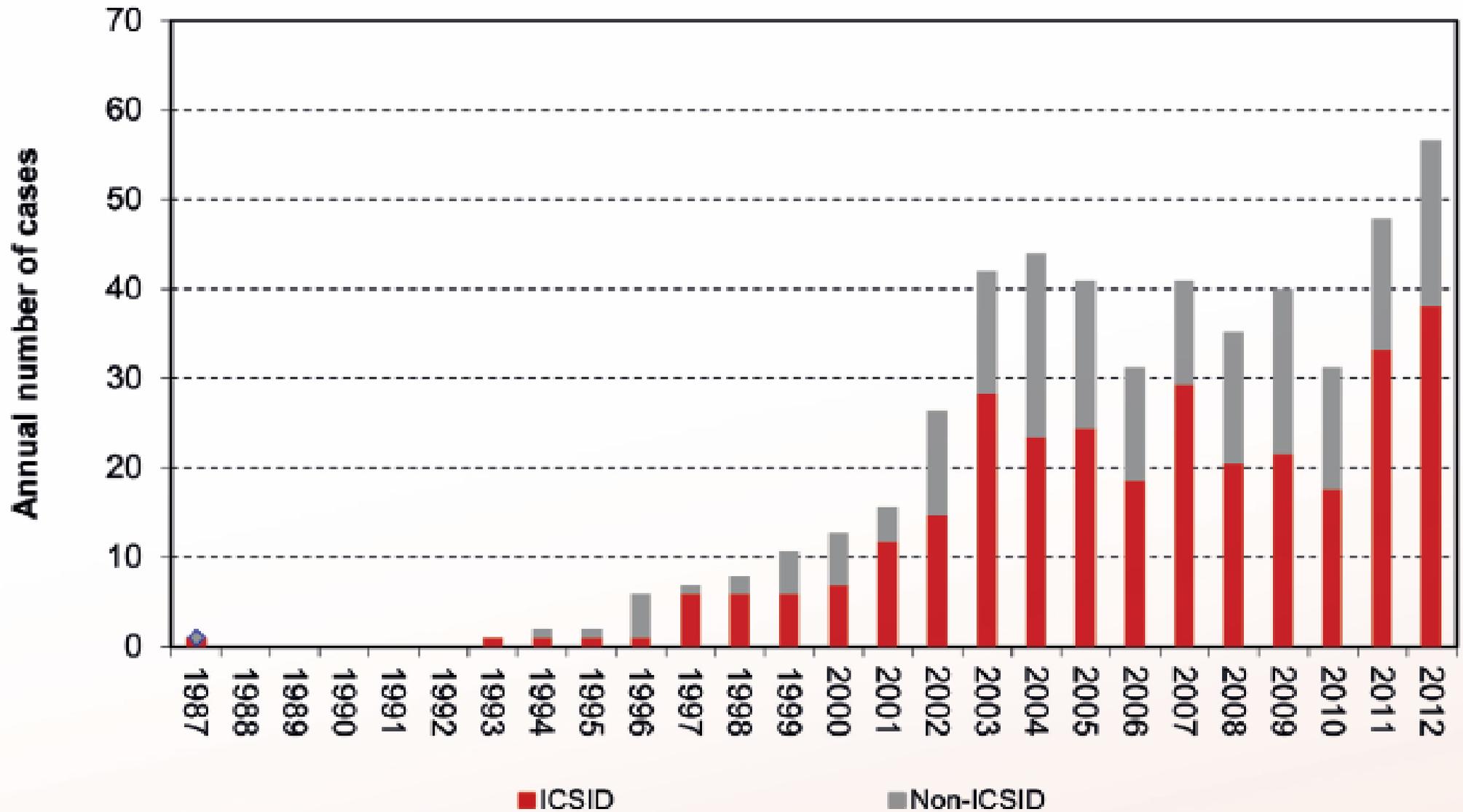
... *Und es existiert ein Investitionsschutzabkommen:*

→ D-Unternehmen in D: Unternehmen muss sich durch die Instanzen klagen, bis zum BVerfG, das Gesetz für verfassungswidrig erklären kann

→ Ausländisches Unternehmen in D-Land: Schiedsgericht mit 3 Anwälten in Hinterzimmer entscheidet über Schadensersatz

2013: Ca. 3000 Investitionsschutzabkommen (v.a. BITs), aber: erste Kündigungen (Südafrika)

Figure 1. Known ISDS cases



Source: UNCTAD

Schiedsverfahren

Wirkung:

- Bevorzugen ausländischer Konzerne
 - Schaffung eines zweiten Rechtssystems
 - Geheime, intransparente Schiedsverfahren,
 - Hochbezahlte Schiedsrichter entscheiden
 - Keinerlei Rechenschaftspflichten oder Revisionsmöglichkeiten
 - Schiedssprüche werden i.A. nicht öffentlich gemacht
 - 58 % aller (bekannten) Entscheidungen fallen zumindest teilweise im Sinne der Unternehmen aus
 - Anwälte wechseln Seiten
 - Kosten rund 8 Mio. \$ pro Verfahren
 - 15 Anwälte entscheiden 55 % aller Schiedsverfahren
- „Privatisierung der Justiz“?!

Quelle: u.a. corporateurope.org/printpdf/1446

Schiedsverfahren - Beispiele

(Die meisten Fälle laufen über ICSID (Weltbank, Washington))

- Fukushima → Atomausstieg → Vattenfall klagt auf entgangene Gewinne über 3,7 Mrd. € (Basis: „Energiecharta-Vertrag“)
- Kohlekraftwerk Moorburg: Höhere Umweltauflagen nach Wahl von Rot/Grün → Vattenfall klagt → Vergleich zw. D und Vattenfall → HH muss „kuschen“
- Philip Morris klagt gegen die Anti-Raucher-Gesetze Uruguays (80 % Bilder auf Schachteln mit Raucherschäden u.a.; WHO u. Michael Bloomberg (NYC) unterstützen Uruguay (Verfahren läuft)
- Lone Pine: Via US-Zweigniederlassung gegen Kanada wg. Fracking-Moratorium

→ TTIP weitet Klagemöglichkeiten auf viele Sektoren und für US-amerikanische Konzerne und Anwaltsfirmen aus

Disziplinierende Wirkung v. Investitionsschutzabkommen

„Bei beinahe jeder neuen umwelt-politischen Maßnahme gab es von Kanzleien aus New York und Washington Briefe an die kanadische Regierung. Da ging es um chemische Reinigung, Medikamente, Pestizide, Patentrecht. Nahezu jede neue Initiative wurde ins Visier genommen, und die meisten haben nie das Licht der Welt erblickt.“

(Kanadischer Regierungsbeamter über NAFTA)

Investitionsschutz

Was ist „Investition“? / „Vermögenswert“?

- Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen,
 - Anteilsrechte an Firmen
 - Portfolioinvestitionen
 - Geistiges Eigentum
 - Urheberrechte,
 - Patente,
 - Marken,
 - Sortenschutzrechte
 - öffentlich-rechtliche Konzessionen (Bergbau)
 - „Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben“
- **Anspruch auf Entschädigung im Falle von direkter oder so genannter „indirekter Enteignung“**

Anstatt TTIP: Das alternative Handelsmandat (ATM)

Alternative: Das ATM

- **Oberster Grundsatz: Menschenrechte u. Schutz d. Umwelt haben Vorrang vor Konzerninteressen.**
 - Hierfür Handel u. Investitionen regulieren
 - Bindende Sozial- u. Umweltstandards
 - Regionalentwicklung → Produktion steuern, lokalen Handel präferieren, Recht auf Ernährungssouveränität
 - Konzerne zur Rechenschaft ziehen
 - Kapitalverkehrsbeschränkungen
 - Freies Wissen (Neue Wege bei Open Source, Saatgut, Patentschutz)
 - Vorsorgeprinzip

Das ATM: Kernbereiche (u.a.)

1. Nahrung u. Nahrungsmittelproduktion

- Resilienz → Unabhängigkeit v. Importen, ökologisch, kleinbäuerlich,
- Stopp Agrotreibstoffimport u. höchste Umweltstandards

2. Arbeitnehmerrechte

- Standortwettbewerb → Globalisierung „guter“ Arbeit
- Stakeholder verhandeln Handelsverträge, Kern: Durchsetzbare Standards

3. Geld, Investitionen, Banken

- BITs u. Abkommen mit Deregulierungszielen kündigen
- Ökosoziale Investitionen fördern
- Finanzmarkt-TÜV, Banken verkleinern

4. Ökologie

- CO2-Steuer statt Emissionshandel, Transfer v. Technologien

5. Öffentl. Daseinsvorsorge / Beschaffungswesen

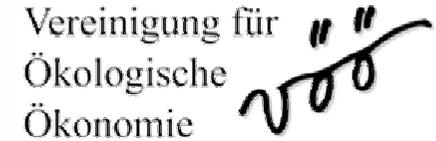
- Regional-/ Umwelt-/ Entwicklungspolitik

6. ...

„TTIP“ NEIN DANKE!

www.ttip-unfairhandelbar.de

TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT GEHT ANDERS



Berliner Wassertisch
www.berliner-wassertisch.info



MEHR DEMOKRATIE !



Der Lindentaler
entwickelt aus den Ideen des
Bedingungslosen Grundeinkommens,
der Tauschringe und Regionalwährungen





Bild: Campact

Bündnisforderungen

- Demokratie und Transparenz statt Geheimverhandlungen
- Rechtsschutz für Menschen – statt privilegierte Klagerechte für Konzerne
- Vorsorge- wie auch Verursacherprinzip stärken
- Kulturelle Vielfalt, kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft schützen
- Hohe Verbraucher- und Gesundheitsstandards
- Arbeits- und Menschenrechte durchsetzen
- Statt Wettbewerbsdruck: Internationale Solidarität und Kooperation
- Statt weiterer Privatisierung: Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen
- Regulierung des Finanzsektors und Abbau ökonomischer Ungleichgewichte

Harald Klimenta Andreas Fisahn u.a. **Die Freihandelsfalle**

Transatlantische Industriepolitik
ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP

VSA



Ziel

- TTIP in die Tonne
- Weg:
- Freihandel demaskieren
 - Wahrnehmung v. Freihandel in Bevölkerung verändern
 - **Alternatives Handelsmandat bekannt machen**
 - **Anschlussfähigkeit**
 - Breite Bündnisse unter NGOs
 - Breite Bündnisse mit Bevölkerungsteilen („den“ Kommunalpolitikern“)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

